

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 20. April 1905.

№ 46.

Unser Versammlungsleben

scheint wieder ein aktuelles Thema im „Corr.“ werden zu wollen, und da sei es mir gestattet, auch einiges zu sagen.

Das eine steht wohl von vornherein fest: die Versammlungen sollen das Barometer sein, an dem man erkennen soll, wie die großen Fragen unserer Organisation von dem einzelnen aufgefaßt und behandelt werden; ja in den Versammlungen sollen sich doch wohl die Prinzipien und die Taktik nicht nur unserer Organisation, sondern des gewerkschaftlichen Lebens überhaupt im Kleinen wieder spiegeln. Dies alles trifft aber leider nur in den seltensten Fällen zu.

Ich will versuchen, einige Ursachen des schlechten Versammlungsbesuches und -lebens zu finden. Der Kollege K. J. Skarvische und andere mehr befinden sich m. E. in einem großen Irrtum, wenn sie die Erörterung parteipolitischer Fragen als den Hauptgrund dafür angeben. Das dürfte erstens nicht überall und dann auch nur selten vorkommen. Ist es aber doch einmal der Fall, nun dann sollten eben gerade die älteren Kollegen (anderwärts fehlen wieder die jungen) vor Erörterung dieser Fragen nicht zurückschrecken wie vor einem Gespenst und darin keinen Grund erblicken, den Versammlungen fern zu bleiben. Aber das ist ja gar nicht der eigentliche Grund. Man mutmaßt eben etwas oder auch nichts und macht sich irgend eine bequeme Ausrede zurecht und ein Grund, die Versammlungen zu schwänzen, ist da.

Bedauerlicherweise ist aber mit verschwindenden Ausnahmen die Wahrnehmung zu machen, daß in unseren Versammlungen häufig persönliches Geklänkel bis zum Widerwillen ausgetragen wird, daß nebensächliche, der Organisation und der Arbeiterbewegung ferner liegende Sachen zu einer Wichtigkeit gestempelt werden, die ihnen nicht zukommt, und worunter dann naturgemäß die Erörterung unserer vitalsten Interessen mehr und mehr zu leiden hat. Das muß nach und nach abstoßend wirken.

Hier muß der Hebel angefaßt werden, d. h. nicht die Generalversammlung, sondern jeder einzelne Kollege sollte wirklich einmal befreit sein, sich von Kleinlichkeiten und Lächerlichkeiten zu emanzipieren und mehr deutender Mensch werden. Mit dem Vorsatze in die Versammlungen gehen, nur das Beste der Organisation wollen, das ist die Hauptsache. Schon dadurch könnten die Versammlungen um ein Bedeutendes gehoben und interessanter gestaltet werden. Aus den Jahresberichten der einzelnen Ortsvereine im „Corr.“ kann man es ja ersehen, daß selbst bei den wichtigsten Beratungen im Durchschnitt kaum mehr als 50 Proz. der Mitglieder anwesend sind. Schreiber dieses könnte einen Fall anführen, daß bei Besprechung der tariflichen Verhältnisse einer Druckerei von den dort beschäftigten fünf Kollegen ganze zwei Mann anwesend waren. Das muß anders werden!

Doch weiter. Bei Besetzung der Vorstandskämter wird auch nicht immer geschickt verfahren. Muß doch zunächst der Vorsitzende und überhaupt der Vorstand insaufende sein, die Tagesordnung so zu gestalten und die Versammlung so zu leiten, wie es eben im Interesse unserer stolzen Organisation notwendig ist: Kleinigkeiten nichts — die Allgemeinheit alles.

Wirklich beherzigenswert sind auch die im Vorjahre von der Redaktion des „Corr.“ zu diesem Thema gemachten Ausführungen.

Alles in allem kann meine Meinung dahin: Den Versammlungsbesuch kann kein Generalversammlungsbeschluss und kein trockener Paragraph heben. Hier heißt es: Weg mit der alles negierenden Gleichgültigkeit! Jeder einzelne soll bei sich in dieser Beziehung reformieren. Und die notorischen Versammlungsschwänzer haben sich die Frage vorzulegen, ob sie auch wirkliche Verbandsmitglieder sind!

Wittenberg.

G.

Sozialpolitische Zeit- und Streitfragen.

Invalidenversicherung.

In Nr. 35 des „Corr.“ sind unter „Rundschau“ aus dem Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes bereits die für Alters- und Invalidenrenten

sowie Beitragserstattungen im Jahre 1904 ausgegebenen Summen erwähnt. Auf den mir jetzt vorliegenden Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes soll im nachstehenden noch näher eingegangen werden.

Im Jahre 1904 wurden insgesamt 162508 Renten bewilligt gegen 174518 im Vorjahre. Davon kommen auf

	1904	1903
Invalidenrenten	140122	152871
Krankenrenten	10450	9216
Altersrenten	11936	12430

Hiernach sind gegen das Jahr 1903 im Jahre 1904 insgesamt 12749 Invalidenrenten weniger bewilligt worden, während sonst die Zahl der Invalidenrentner von Jahr zu Jahr gestiegen ist. Darans kann man nur den Schluß ziehen, daß das Vorgehen der Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt in den Kreisen Wanzleben und Worbis bei anderen Versicherungsanstalten Nachahmung gefunden hat.

Was die sogenannte Krankenrente anbetrifft, so wird diese seit dem 1. Januar 1900 gewährt, wenn der Versicherte 26 Wochen lang ununterbrochen krank ist für die weitere Dauer der Krankheit. Diese Renten erhalten also die nicht dauernd erwerbsunfähigen Versicherten. Vor dem 1. Januar 1900 mußte der vorübergehend Erwerbsunfähige erst 52 Wochen krank sein, um die Krankenrente beanspruchen zu können.

Die Zahl der am 1. Januar 1905 bei allen 31 Versicherungsanstalten und 9 Kasseneinrichtungen laufenden Renten betrug insgesamt 897428. Davon kommen auf:

	1905
Invalidenrenten	734985
Krankenrenten	16977
Altersrenten	145466

Die Zahl der Gewerbe und Beitragserstattung ist im Berichtsjahre fast unverändert geblieben. Sie betrug 1551 im Jahre 1904 gegen 1557 im Jahre 1903. Die Erstattung von Beiträgen (die Hälfte der für den Versicherten geleisteten Beiträge) findet bekanntlich statt, wenn eine weibliche Person sich verheiratet, wenn eine männliche Person mit Hinterlassung der Witwe oder Kinder unter 15 Jahren verstorben und an Personen, die infolge eines Unfalles invalide werden und sodann wegen der hohen Unfallrente daneben Invalidenrente nicht beziehen können.

Das Heilverfahren können die Versicherungsanstalten bekanntlich eintreten lassen, brauchen es aber nicht. Alljährlich werden nun eine große Anzahl von Antragstellern von den Versicherungsanstalten abgewiesen. Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes bemerkt hierzu u. a.: „Die Zahl der im Laufe des Berichtsjahres an das Reichsversicherungsamt gerichteten Beschwerden der Versicherten aus Anlaß der Ablehnung oder Ausübung des Heilverfahrens seitens der Versicherungsanstalten hat gegenüber dem Vorjahre eine erhebliche Vermehrung nicht erfahren. Da die Versicherungsanstalten darüber, ob und in welcher Art sie die Heilbehandlung für Versicherte übernehmen wollen, selbstständig zu befinden haben, so konnte das Reichsversicherungsamt in eine sachliche Prüfung von Beschwerden dieser Art in der Regel nicht eintreten. Dagegen hat es zu der Frage der Angehörigenunterstützung für solche Angehörigen der Versicherten, deren Unterhalt dieser bisher aus seinem Arbeitsverdienste befrreiten hatte, und zur Frage des Ersatzanspruches der eine Heilbehandlung gewährenden Versicherungsanstalt gegenüber den Krankenkassen mehrfach grundsätzlich Stellung genommen. Erwähnenswert in dieser Beziehung sind die Entscheidungen über die Nichtzurechnung der unehelichen Kinder zu den Angehörigen des Vaters sowie darüber, daß wenn der in Heilbehandlung genommene Versicherte zugleich zwei Krankenkassen als Mitglied angehört, ein Ersatzanspruch der Versicherungsanstalt nur gegenüber derjenigen Kasse anzuerkennen ist, bei der dem gesetzlichen Versicherungszwange Genüge geleistet wird. (Einem Buchdrucker z. B. kann hiernach von der ihm vom Verband gewährten Krankenunterstützung oder solche von eventuellen Haus- resp. Druckereikassen im Falle der Übernahme des Heilverfahrens nichts abgezogen werden.) Ebenso ist das Reichsversicherungsamt im Wege der Rechtsprechung irrigen Auffassungen bezüglich des Heilverfahrens wiederholt entgegengetreten. Dahin gehört die Aufstellung des Grundgesetzes, daß die

Versicherungsanstalten die Übernahme eines Heilverfahrens nicht vom Verzicht des Versicherten auf einen Teil seiner Rente abhängig machen sollen, und daß ein Versichelter ungeachtet seiner Verheiratung nicht berechtigt ist, das mit seiner Einwilligung eingeleitete Heilverfahren beliebig zu unterbrechen. (Der § 22 des Invalidenversicherungs-gesetzes besagt, daß die Invalidenrente auf Zeit ganz oder teilweise verjagt werden kann, wenn der Versicherte den gemäß §§ 18 und 19 des Gesetzes — Übernahme des Heilverfahrens — getroffenen Maßnahmen sich ohne gesetzlichen oder triftigen Grund entzieht.)

Nach § 45 des Invalidenversicherungs-gesetzes kann durch übereinstimmenden Beschluß des Vorstandes und Ausschusses einer Versicherungsanstalt bestimmt werden, daß die Ueberhäufte des Sondervermögens über den zur Deckung ihrer Verpflichtungen dauernd erforderlichen Bedarf zu anderen als den im Gesetze vorgesehenen Leistungen im wirtschaftlichen Interesse der der Versicherungsanstalt angehörenden Rentenempfänger, Versicherten sowie ihrer Angehörigen verwendet werden kann. Solche Beschlüsse bedürfen der Genehmigung des Bundesrates. — Im Falle der Übernahme des Heilverfahrens ist gesetzlich den Angehörigen die Hälfte des Krankengeldes zu zahlen. — Im Jahre 1904 wurden Anträge auf Erhöhung der Angehörigenunterstützung durch den Bundesrat für folgende Versicherungsanstalten genehmigt:

Versicherungsanstalt Posen bis zur doppelten Höhe des gesetzlichen Betrages in Fällen der Bedürftigkeit mit der Maßgabe, daß der jährliche Betrag dieser Mehrleistungen die Summe von 10000 Mk. nicht übersteigen darf. Versicherungsanstalt Hannover nach Lage des Einzelfalles bis zur Höhe von 15 Mk. wöchentlich.

Versicherungsanstalt Mecklenburg nach Lage des Einzelfalles bis zum dreifachen des gesetzlichen Betrages. Versicherungsanstalt Pfalz auf das Doppelte des gesetzlichen Betrages in Fällen, in welchen zwei oder mehrere Angehörige des Versicherten vorhanden sind.

Versicherungsanstalt Mittelfranken bis zum doppelten Betrage nach Lage des Einzelfalles und bei besonderer Bedürftigkeit ein außerordentlicher Zuschuß.

Bei den übrigen Versicherungsanstalten haben die von den Arbeitern im Jahre 1904 gewählten Vorstands- und Ausschußmitgliedern darauf zu bringen, daß auch dort derartige Mehrleistungen eingeführt werden.

Begleitig der Rechtsprechung weist der Geschäftsbericht nach, daß im Jahre 1904 von den Versicherungsanstalten und zugelassenen Kasseneinrichtungen insgesamt 400371 Bescheide an die Versicherten nebst Angehörigen erteilt worden sind. Davon betrafen Rentenansprüche 202533, und zwar Invalidenrentenansprüche 188661 und Altersrentenansprüche 13872 sowie Beitragserstattungsansprüche 197838.

Gegen Bescheide der Versicherungsanstalten auf Nichtbewilligung oder Entziehung von Renten wurde von den Versicherten 1904 in 27584 Fällen Berufung beim Schiedsgerichte eingereicht.

Gegen die Entscheidungen der Schiedsgerichte wurde sodann noch in 4798 Fällen Revision beim Reichsversicherungsamt eingelegt. Hierbon waren 4627 Revisionen von den Versicherten und 531 von den Versicherungsanstalten eingelegt. Von den Revisionen der Versicherten wurden u. a. 3342 durch Urteil im Jahre 1904 erledigt und davon 3254 Urteile der Schiedsgerichte bestätigt. Von den Revisionen, welche Versicherungsanstalten eingelegt hatten, wurden durch Urteil 485 erledigt und davon 163 Urteile der Schiedsgerichte bestätigt. Hiernach hatten die Versicherungsanstalten mit ihren Revisionen viel mehr Glück wie die Versicherten. Dies ergibt sich daraus, daß die Revision nur darauf gestiftet werden kann, 1. daß die angefochtene Entscheidung auf der Nichtanwendung oder auf der unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechtes oder auf einem Verstoße wider den klaren Inhalt der Akten beruht, 2. daß das Verfahren an wesentlichen Mängeln leidet. — Nach diesen Bestimmungen gelingt es den Versicherten nicht allzu häufig, Revisionsgründe zu finden. Wünschenswert wäre deshalb anstatt des Revisionsverfahrens die Einführung des Rekursverfahrens wie in Unfallfällen, damit der Kläger noch neues Beweismaterial beibringen könnte.

M. Wüldenbergs-Halle a. S.

Korrespondenzen.

Berlin. Am 23. April ist es den Zeitungssehern im „Berliner Tageblatt“, Franz Holtzhausen und P.H.H. Hercher, vergönnt, ihr fünfzigjähriges Berufsjubiläum zu begehen. Der Festakt findet vormittags 10 Uhr in der Brauerei Königsplatz, Schönhauserort, statt.

Th. Bremen. (Bezirksversammlung vom 12. April.) Nach Erledigung einiger auf den Gautag Bezug habender Mitteilungen freiste der Vorsitzende die letzte Vorkommnisse im „Bremer Tageblatt“ mit den Maschinensehern. Da in der Geschäftsführung ein Personenwechsel stattgefunden, soll vorläufig eine abwartende Stellung eingenommen werden. Die Fortsetzung der Debatte über die Waise wurde dahin erledigt, daß denjenigen Kollegen, welche ohne Opfer die Arbeitsruhe am 1. Mai erreichen können, die Begehung der Waise in diesem Sinne empfohlen wird; die Stellungnahme zur Arbeitsruhe in Druckereiverfassungen zu erledigen und eventuell beim Prinzipale vorstellig zu werden, wurde mit dem Hinweis auf unsern Arbeitsvertrag abgelehnt. Der nächste Punkt: „Wie stellen wir uns zu dem neu gegründeten Bildungsausschuß des Gewerkschaftskartells“, entfiel eine interessante „Kunstdebatte“. Zu Bremen, als Vorort der deutschen Goethebünde, wurden bisher den Arbeitern vom hiesigen Goethebunde künstlerische Genüsse auf allen Gebieten der Kunst gegen ein mäßiges Entgelt geboten. Kein Mensch hatte bisher in diesen Darbietungen eine Prinzipienverletzung für die Arbeiterbewegung erblickt. Zu Anfang dieses Jahres änderte sich aber dieser Standpunkt, als der bekannte Soziologe Prof. Sombart einen Vortrag hielt über „Materialistische Geschichtsauffassung“. Der Inhalt dieses Vortrages zeitigte nun schwere Vorwürfe des hiesigen sozialdemokratischen Parteivorstandes gegen den Goethebund, dahingehend, der Goethebund beschuldigt durch solche Vorträge den Klassenkampf zu verwischen usw. Der Vorstand des Goethebundes bestritt nun das Letztere, gab aber zu, mit dem Vortrage einen Mißgriff getan zu haben. Im Sozialdemokratischen Vereine wurde die Sache in mehreren Versammlungen diskutiert und als Resultat eine Resolution und ein Antrag angenommen, wonach sich der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins mit dem Vorstande des Gewerkschaftskartells in Verbindung zu setzen hatte, um sich in bezug auf Darbietungen der Kunst für die Arbeiter auf eigene Füße zu stellen. Diese gemeinschaftliche Kommission legte nun dem Gewerkschaftskartell förmlich ein „Regulativ für den Bildungsausschuß des Gewerkschaftskartells“ vor, ohne daß vorher von den Delegierten und Vorständen dazu Stellung genommen werden konnte. Unser Bezirksvorsitzender und einer unserer Kartelldelegierten wollten nun den Gewerkschaften die Gelegenheit geben, sich hierüber zu äußern, fanden jedoch wenig Unterstützung, zumal unser zweiter Kartelldelegierter diesen Standpunkt sehr scharf bekämpfte. In der Diskussion in der Bezirksversammlung, die über zwei Stunden dauerte, nahmen mit Ausnahme eines einzigen (der letzt erwähnte Kartelldelegierte) alle Redner einen ablehnenden Standpunkt gegenüber dieser Neugründung ein. Das Geld für diesen Zweck sei besser anzuwenden. Die Neugründung würde auch nicht gegen Mißgriffe gesetzt sein. Der jetzt schlafen gegangene „Verein für Volkskunststunde“ könne nicht als Vorbild dienen, denn er sei fast immer hinter dem Goethebunde hergehinkt. Die Kunst lasse sich nicht parteipolitisch schablonisieren, dann höre sie auf Kunst zu sein. Die Inzenerierung dieser ganzen Sache verstoße sehr stark gegen das demokratische Prinzip, indem die Gewerkschaften mit zwei Drittel wohl die finanziellen Träger seien, aber direkten Einfluß auf den Vorstand dieses Bildungsausschusses nicht hätten. Von einem Redner wurde dem entgegengehalten, daß diese ideale Sache wohl wert sei, die ganzen Kräfte der Arbeiterkraft zu fordern. Wenn von bürgerlicher Seite Kunst geboten werde, so sei immer das Bestreben vorhanden, die Arbeiterkraft von ihren Kämpfen abzulenken und ins bürgerliche Lager herüberziehen. Die Kunst könne sich jetzt gar nicht frei entwickeln. Für uns könne die finanzielle Frage gar nicht in Betracht kommen, denn nach dem gemachten Vorschlage entfalle auf die Buchdrucker von ihrem Kartellbeitrag 5 Mk. Folgende Resolution wurde mit 56 gegen 16 Stimmen angenommen: „Die am 12. April in der „Hansaplatz“ tagende Versammlung des Bremer Buchdruckervereins ist nicht in der Lage, dem neu gegründeten Bildungsausschuß des Gewerkschaftskartells seine Unterstützung angebeihen zu lassen. Die Versammlung sieht außerdem eine Verletzung des demokratischen Prinzips darin, daß das Gewerkschaftskartell, ohne die Gewerkschaften vorher zu fragen, Gelder für einen Zweck bewilligt, dessen Erfolg der Versammlung sehr zweifelhaft erscheint.“ Ein Amendement, worin dem einen Kartelldelegierten wegen seines Verhaltens im Kartelle die Mißbilligung ausgesprochen wird, gelangte bei großer Stimmhaltung mit 18 gegen 16 Stimmen zur Annahme.

Ebersbach (Sa.). Am 9. April fand in Neusaßa eine Bezirksversammlung statt, an welcher Kollegen aus Ebersbach, Eibau, Lobau, Neugersdorf und Neusaßa-Spremberg teilnahmen. Die Versammlung war gut besucht. Der Vorsitzende Ander eröffnete die Versammlung und begrüßte die erschienenen Kollegen, besonders den Kollegen Steinbrück, welcher ein Referat über die Anträge zur Generalversammlung hielt. Derselbe sprach sich gegen eine Erweiterung der Selbständigkeit der Gauvorstände aus, ferner war er der Meinung, daß der Tarif nicht von Organisation zu Organisation abzuschließen sei, da-

mit nicht die Unorganisierten draußlos schustern können, wie es ihnen beliebt. Die Lehrlingskafala sei zu reduzieren, besonders bei den Maschinenmeistern. Ein bezonnenes Vorgehen in tariflichen Angelegenheiten sei zu empfehlen, damit der Tarif nicht schließlich ganz aufhöre; nach dem Berliner Maße können wir nicht alle messen. Es sei anzuerkennen, daß uns die Tarifgemeinschaft vorwärts gebracht hat. Ferner erklärte sich Redner für Beibehaltung des § 5, Absatz 3. Den Antrag Waldenburg: Heraushebung der Karenzzeit zur Reiseunterstützung von 6 auf 13 Wochen, bezeichnete Redner als Krebsgang. Der Antrag betreffs Aufhebung des Reisezwanges sei begrüßt, so lange die paritätischen Arbeitsnachweise nicht besser ausgebaut seien. Unter den Anträgen, welche die Aufhebung der Gauzuschüsse und Uebernahme derselben auf die Verbandskasse betreffen, sei der Antrag Hirschberg zu unterstützen, jedoch würden die Großstädte nicht so leicht dafür zu haben sein. Bei den Anträgen, welche eine Unterfütterung während der militärischen Übungen ins Auge faßten, bilde der Antrag Baughen den goldenen Mittelweg. Ferner war Redner der Ansicht, daß es gerechtfertigt wäre, bei 400 geleisteten Wochenbeiträgen die Ortsunterstützung 30 Wochen lang auszusagen. Die Erziehung einer Wittwenkasse dürfte abgelehnt werden, dafür aber eine Erhöhung des Sterbegeldes eintreten. In der Spartenfrage war Kollege Steinbrück der Ansicht, daß die Befreiungen der einzelnen Sparten zu unterstützen seien, so lange sie sich im Rahmen unsers Verbandsstatuts halten; besonders sei den Maschinenmeistern eine Besserung namentlich hinsichtlich der Lehrlingsverhältnisse zu wünschen. Den „Corr.“ betreffend war Redner gegen eine Verlegung nach Berlin, auch war er mit der freiwilligen Haltung unsers Kollegen Metzger einverstanden, denn allen könne es nicht recht machen; es wäre sehr bedauerlich und ungerecht, wenn derselbe abgesetzt würde. An diese trefflichen, mit vielem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Kollegen Steinbrück schloß sich eine rege Debatte, in welcher man sich den Ausführungen des Redners anschloß und dies auch in einer Resolution zum Ausdruck brachte. Hierauf brachte Kollege Fugelt die tariflichen Verhältnisse im Bezirke zur Sprache und brachte einen Antrag zwecks Reorganisation des Bezirksvereins ein, welcher lebhaften Zustimmung fand, der vorgerückten Zeit halber aber als erster Punkt bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt wurde. Ferner wurde beschlossen, die nächste Versammlung in Ebersbach abzuhalten. Hierauf schloß Kollege Ander die anregende Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.

Gelsenkirchen. Die am 9. April abgehaltene Vereinsversammlung wählte an Stelle des nach Hamm gehenden Kollegen Otto Troegel, welcher seit etwa sechs Jahren das Amt eines hiesigen Ortsvereinsleiters bestens verwaltete, den Kollegen Wurmes zum Kassierer. Des fernern wurde u. a. beschlossen, künftighin die Präsenzliste zu verlesen und wiederholt resp. Gewohnheitsverfallungsschwänger in jeder dritten Versammlung zur Verlesung zu bringen.

K. Görtz. In der letzten Versammlung des Ortsvereins wurden die zur zwanzigsten Ordentlichen Hauptversammlung des Gaues Schlefien gestellten Anträge besprochen. Während einzelne derselben die Zustimmung der Anwesenden fanden, rief speziell der Antrag Waldenburg, Weißwasser usw., welcher die Abschaffung der Bezirkskassierer verlangt, einen lebhaften Meinungsaustrausch hervor. Hervorgehoben wurde einerseits, daß wenn der Antrag Waldenburg zur Annahme käme, dem Gauverband eine recht erhebliche Mehrarbeit aufgebürdet würde, welche derselbe wohl nicht lange allein zu leisten im Stande wäre, und es würde sich über kurz oder lang die Anstellung einer Hilfskraft nötig machen. Aber auch die Agitation müßte darunter leiden, da dann keine rechte Fühlung mit den einzelnen konfessionierenden Mitgliedern vorhanden wäre. Andererseits wurde betont, daß das, was in anderen Gaue, welche keine Bezirke haben, möglich sei, auch im Gau Schlefien erreicht werden könnte. Während der Antrag Waldenburg die Bezirkskassierer befreit wissen will, sollen dieselben nach dem Antrage des Gauvorstandes noch mehr belastet werden dadurch, daß derselbe monatliche Abrechnungen wünscht. Auch dieser Antrag fand nicht die Billigung der Versammlung. Gewünscht wurde, daß der nächste Gautag in Görtz abgehalten werden möchte. Der Bezirk Görtz beabsichtigt, zur Generalversammlung des Verbandes einen Delegierten aufzustellen. Die Wahl fiel auf den Kollegen Lindner, welcher gewiß einem großen Teile der Gaumitglieder bekannt sein dürfte und dessen Wahl wir zu unterstützen bitten. — Im Anschlusse an die Versammlung wurde das siebenunddreißigste Stiftungsfest der „Typographia“ durch ein gemüthliches Beisammensein gefeiert.

Halberstadt. Unsere diesjährige Frühjahrss-Bezirksversammlung fand am 9. April in dem sehr schön gelegenen Harzstädtchen Wernigerode statt. Es waren 161 Kollegen erschienen, und zwar aus folgenden Orten: Halberstadt 34, Osterwieck 34, Duedlinburg 25, Wernigerode 19, Achtersleben 12, Verburg 12, Blankenburg 8, Thale 6, Widdersleben 5, Staßfurt 4, Heddingen 1 und Ballenstedt 1. Als Gäste waren anwesend der Gehilfenvertreter Böfche als Referent und der Gauvorsitzführer Diefeld-Galle. Das Andenken zweier verstorbener Kollegen wurde in üblicher Weise von der Versammlung geehrt. Aus dem Verwaltungsberichte des verfloffenen Jahres war zu ersehen, daß in der Berichtszeit ein gutes Stück Arbeit geleistet worden ist. Im besonderen war das agitatorische Hauptaugenmerk auf das Schmerzenskind unsers Bezirkes, Egelu, gerichtet, und zwar galt es hier

der Druckerei des Herrn Heyl, wofolbst die Lehrlingswirtschaft in hoher Mitleid steht. Auf tariflichem Gebiete waren einige Anerkennungen zu verzeichnen. Auch für den Verband wurde kräftig agitiert, wovon die 105 Aufnahmen im verfloffenen Jahre Zeugnis ablegten. Die gedruckt vorliegende Kassenabrechnung gab zu Bedenken keinen Anlaß und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Vortrag des Kollegen Böfche: „Gegenwartsarbeit in der Tarifgemeinschaft“, wurde von der Versammlung mit lebhaftem Beifalle aufgenommen. Es wurde hierauf folgende Resolution angenommen: „Die heutige Bezirksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie verkennt nicht, daß die tariflichen Verhältnisse vornehmlich in der Provinz nur unter der gegenwärtigen Tarifgemeinschaft erreicht werden konnten. Sie steht deshalb auf dem Standpunkte, daß nach Prüfung der Sachlage bei der künftigen Revision des Tarifes eine solche wieder einzugehen ist, da wir der Ueberzeugung sind, daß auf diesem Wege auch die noch fernstehenden Druckereien für den Tarif gewonnen werden können. Die Versammlung beauftragt daher ihre berufenen Vertreter, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß der korporative Arbeitsvertrag aufs neue zum Abschlusse gelangt.“ Das Obmannesystem hat sich auch des weitern in unserm Bezirke bewährt und wurden, wie aus den Berichten der Obmänner zu ersehen war, im allgemeinen sehr gute Erfolge erzielt. Besonders zu erwähnen ist der Erfolg in Wernigerode, wofolbst im vorigen Herbst zur Gründung eines Ortsvereins geschritten werden konnte, welcher jetzt 25 Mitglieder zählt. Ein weiterer Punkt betraf die neue Bezirksenteilung des Gaues „An der Saale“, wonach speziell unser Bezirk in mehrere kleinere Bezirke eingeteilt werden soll. Nachdem mehrere Kollegen einige Abänderungen hierzu wünschten, trat die Versammlung für eine neue Bezirksenteilung ein. Als nächster Ort der Bezirksversammlung wurde Duedlinburg gewählt. Nach Erledigung einiger minder wichtiger Sachen schloß der Vorsitzende die im allgemeinen sehr gut verlaufene Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf den Verband. Da die Zeit bis zur Abfahrt es noch erlaubte, so blieb man in gemüthlicher Stimmung etwas beisammen; die wenigen Stunden verstrichen aber, gewürzt durch Gesangsvorträge der Osterwiecker Kollegen, gar zu schnell. Mit einem „Auf Wiedersehen zum Jubiläumsfeste in der Harzstadt Wernigerode“ verließ man die gastliche Stadt.

München. (Maschinenmeisterklub.) Die letzte, gut besuchte Versammlung beschäftigte sich nach Erledigung einiger Aufnahmen in eingehender Weise mit dem Zirkulare Nr. 13 der Zentralkommission. Allgemein sprach die Versammlung über die jetzige Tätigkeit der Zentralkommission ihre Anerkennung aus und beschloß demzufolge, in Zukunft den Beitrag auf das Doppelte festzusetzen, also anstatt 10 Pf. pro Mitglied und Jahr 20 Pf. abzuliefern. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete jedoch folgendes: Bei Durchsicht der aufgenommenen Statistik und auch auf andern Wege erhielten wir Kenntnis von teilweise ziemlich trassen Umständen in verschiedenen Druckereien, hauptsächlich in bezug auf das Bedienen mehrerer Maschinen. Auch der so überaus hohe Konditionslofenstand der Maschinenmeister (gegenwärtig 29 Maschinenmeister gegen 23 Geher) zwingt uns, einmal Schritte zu ergreifen, um weitere Verschlechterungen hinauszuhalten und bereits bestehende möglichst wieder zu beseitigen, um so einige unserer konditionslosen Kollegen unterzubringen. In dieser Märzversammlung wurde auch gleich eine eingehende Debatte darüber gepflogen, auf welche Weise eine Besserung herbeigeführt werden könne. Die Versammlung kam dahin überein, die Maschinenmeister der in Betracht kommenden Druckereien in eine Versammlung einzuladen, zu der auch der genannte Vorstand des Ortsvereins München eingeladen wurde, da ein eventuelles Vorgehen in diesen Druckereien unsre Kompetenz überschreitet. Diese Versammlung, die am 1. April stattfand, zeigte nun gerade kein erfreuliches Resultat. Zeigte es sich doch wieder, daß die Hauptursache an dem Einreißen der verschiedenen Mischstände in den meisten Fällen die Kollegen selbst tragen, indem unter denselben das kollegiale Zusammenarbeiten fast vollständig fehlt; es sucht eben einer den andern herunterzudrücken, um lieb Kind bei der Geschäftsleitung zu sein oder auf diese Weise eine Mark mehr zu erhalten. Ein momentanes Vorgehen in den einzelnen Druckereien ist unter diesen Umständen nicht möglich, doch werden von seiten des Vorstandes des Maschinenmeisterklubs in Uebereinstimmung mit dem hiesigen Ortsvorstande bei Gelegenheit geeignete Schritte ergriffen. Im Schlusse der Versammlung forderte der Vorsitzende Ernst die Kollegen nochmals auf, in und außer dem Geschäft die Kollegialität mehr zu pflegen, und jedes, auch das geringste Vorkommnis, dem Ausschusse anzuzeigen, damit gleich von Anfang an eingeschritten werden kann. Auch der Vorsitzende des Ortsvereins, Kollege Seig, forderte die Kollegen ebenfalls auf, sehr zusammen zu halten und sich an dem Vereinsleben mehr zu beteiligen, vor allem auch die Ortsvereinsversammlungen fleißiger zu besuchen. (Eingegangen am 14. April.)

Donaubühl. Die am 9. April abgehaltene Ortsvereinsversammlung beschäftigte sich u. a. eingehend mit einem Teile der zur Generalversammlung gestellten Anträge. Was zunächst die auf größere Selbständigkeit der Gauvorstände hinzuleitenden Anträge betrifft, so wurde rückfälllos anerkannt, daß der bei Konflikten bislang einzuhaltende Instanzenweg bis zum Zentralvorstande viel zu weitgehend und zeitraubend ist und mandmal recht

unliebsame Folgen zeitigt; dagegen dürfte sich die gleiche Forderung für die Bezirksvorstände nicht für alle Fälle empfehlen. Der zur Besprechung über die allgemeine und tarifliche Lage gestellte Antrag Berlin: „Erhöhung der Grundpositionen um wenigstens 7½ Proz., Verfüzung der Arbeitszeit um wenigstens ein halbe Stunde usw.“ wurde in der Beranmlung rege diskutiert und zum größten Teile die Ansicht vertreten, daß, wenn auch prinzipiell gegen den Antrag nichts einzuwenden ist, derselbe doch eine Berücksichtigung der Verhältnisse in den Provinzdruckorten vernünftiger Weise und dieserhalb der Antrag Stuttgart auch wohl mehr Rücksicht auf Annahme habe. Von größter Bedeutung seien die Anträge, welche für die Zukunft den Abschluß der Tarifgemeinschaft von Organisation zu Organisation fordern, wobei hilfsförmig selbstredend nur der Verband in Betracht komme. Dann wäre es z. B. vollständig ausgeschlossen, daß Druckereien, in denen zwar der Tarif in allen seinen Teilen eingeföhrt ist, aber prinzipiell keine Verbandsmitglieder beschäftigt werden — es würden mehrere diesbezügliche Fälle in der Beranmlung angeführt — im Tarifverzeichnis prangen. Einen kräftigen Rippenstoß bekommen durch den Antrag Karlsruhe die notorischen Beranmlungsschwänzer. Unter diesen „Mitgliedern“ (Kassenmitgliedern), welche allen gewerkschaftlichen Bewußtseins bar sind, haben unstrittig die Ortsvorstände am stärksten zu leiden, wenn sie ständig nachnehmen müssen — und davon singen ja fast sämtliche Beranmlungsberichte ein gaußiges Lied —, daß ihre reichhaltige und sehr mühevoll Arbeit im Interesse doch nur dieser „Mitglieder“ so wenig Anerkennung findet. Abgesehen von dem Wortlaute des Antrages Karlsruhe, dürfte dieser Antrag doch die Generalversammlung veranlassen, den Vorständen Mittel und Wege an die Hand zu geben, um in bezug auf viel regere Beranmlungsbesuch einen Druck auf die Mitglieder auszuüben. Den mehrfachen Anträgen, welche die Aufhebung der Gauzuschnüßkassen bezwecken, stimmte die Beranmlung ebenfalls einstimmig zu. Es wurde als eine große Ungerechtigkeit bezeichnet, daß Kollegen, welche jahrelang in einem Gau geüuert haben und dann in einem andern überfiedeln müssen, beim Bezuge einer Unterstützung ihrer zu den Gauzuschnüßkassen erworbenen Rechte verlustig gehen, weil sie in ihrem neuen Konditionsorte die erforderliche Anzahl Beiträge noch nicht geleistet haben. Um diesen und noch anderen Uebelständen ein Ende zu machen, sei entsprechend den Anträgen die Zentralisierung aller Unterstützungen dringend zu empfehlen. Zusammenfassend erklärte sich die Beranmlung zum Schlusse dieses Tagesordnungspunktes noch zu den Änderungsanträgen des Verbandsvorstandes betreffend die Erwerbung des Rechtes auf Invalidenunterstützung und betreffend der Sicherung des Anrechtes auf Sterbegeld für solche Mitglieder, welche in der Krankenunterstützung ausgeüuert, aber zur Invalidenunterstützung noch nicht bezugsberechtigt sind.

Stettin. Der Bericht der Berliner Vereinsversammlung vom 29. März in Nr. 42 des „Corr.“ entfällt u. a. auch die Mitteilung, daß der Vorstand des Obergaues sich an den Berliner Gauvorstand gewandt hätte mit der Anfrage, wie sich derselbe zur Schaffung eines Gaues „Groß-Berlin“ stelle, und zwar beart, daß die in der Reichweite der Berliner Vorortszüge liegenden Orte dem Gau Berlin einverleibt würden. Da nun dieser Notiz gleichzeitig „die bei dieser Gelegenheit zur Sprache gekommenen Jossener Verhältnisse“ folgten, so sieht sich der Gauvorstand veranlaßt, etwas näher auf den Sachverhalt einzugehen, schon hauptsächlich auch deshalb, weil die Abfassung des Berliner Berichtes wohl offenbar den Anschein erwecken soll, als ob der Obergauvorstand deshalb sich an den Berliner Gauvorstand wandte, weil er mit den Jossener Verhältnissen nicht mehr recht fertig werden könne. Nun zunächst einmal zum Sachverhalte. Seitens des Ortsvereins Neubabelsberg wurde im vorigen Jahre schon die Anregung gegeben, die im Vorortsbereich liegenden Druckorte dem Berliner Gau einzuverleiben. Dieser Anregung trat auch der Vorstand der Mitgliedschaft Potsdam bei. Es sollte nun im Laufe dieses Frühjahres eine persönliche Aussprache zwischen den Vorständen der beteiligten Mitgliedschaften im Beisein eines Vertreters des Obergauvorstandes und des Berliner Gauvorstandes über diese Angelegenheit stattfinden. Da uns nun von früher her noch erinnerlich ist, wie sehr sich der Berliner Gauvorstand sträubte, z. B. Charlottenburg zu übernehmen, so wollten wir, um nicht die Kosten einer Konferenz umsonst gemacht zu haben, zunächst einmal die Meinung des Berliner Gauvorstandes auf schriftlichem Wege hören. Diese „Meinung“ ist ja auch in der Form einer Postkarte, welche die lafonische Antwort enthielt, daß wir uns auf der Generalversammlung in Dresden darüber unterhalten werden, eingetroffen. Hieraus ist zu ersehen, daß der unterzeichnete Vorstand des Obergaues lediglich seinem Auftrage nachgekommen ist, und daß die „Jossener Verhältnisse“ bei dieser Angelegenheit gar nicht ins Gewicht fallen. In dem Schreiben an den Berliner Gauvorstand sind die Gründe auseinander gesetzt, die es wünschenswert erscheinen lassen, daß die betreffenden Orte dem Berliner Gau einverleibt werden. Die Hauptgründe liegen in auf tariflichem Gebiete, denn es handelt sich um die Regelung eines angemessenen Sozialzuschlages für die im Vorortsbereich liegenden Druckstädte. Der Obergauvorstand hat durchaus kein Interesse daran, ob der Berliner Gau durch eine eventuelle Einverleibung zu dem schönen Titel „Gau Groß-Berlin“ gelangt oder nicht; er hat aber ein Interesse daran, daß eine Sache, die dem Wohle unserer Mitglieder dienen soll, nicht mit Sachen verquitt

wird, die den Berliner Gauvorstand gar nichts angehen. Wenn wir die im Laufe der Zeit innerhalb der Mauern Berlins vorgekommenen Wundenverhältnisse in Betracht ziehen, so bezweifeln wir, daß es dem Berliner Gauvorstande gelingen wird, Verhältnisse zu bessern, zu deren Vorhandensein die Kollegen selbst mit beitragen. Soviel können wir jetzt schon verraten, daß die in der betreffenden Berliner Beranmlung aufgetauchten Ungeuerlichkeiten stark übertrieben sind; es sind anscheinend Sachen erzählt worden, die schon drei Jahre zurückliegen, Sachen, die in verschiedenen Druckereien Berlins gang und gäbe sind. Im selben Berichte, in dem die Jossener Verhältnisse kritisiert werden, befindet sich die Berliner Druckerei von Bobach & Co., wo ebenfalls über „müßerhafte“ Behandlung geklagt wird. Der Kollege Massini hat auf der Gauvorstandskonferenz eine ganze Kollektion Musterdruckereien Berlins vorgeführt, die beweisen sollten, wie gerechtfertigt es ist, wenn einmal so eine kleine Tarifvertragsverletzung seitens der Gehilfen begangen wird! Wenn der Berliner Gauvorstand es fertig bekommt, in den Druckereien solche Verhältnisse zu schaffen, daß keine Klagen, sondern nur eitel Freude und Wonne herrscht, dann wünschen wir, daß er zum höchsten Posten avanciert, ber in unserer Organisation bergehen werden kann. Aber vor der eigenen Türe gibt's noch viel zu sehen, darum Bruder: „erst bei dich, dann bei mich“. Wir sind der Meinung, daß innerhalb der Tore Berlins noch vollauf Gelegenheit ist, den Latenzbust zu stillen. Die Verantwortung für die Verhältnisse im Obergau trägt einzig und allein der Vorstand desselben; den überfertigen Kollegen in Berlin wollen wir aber sagen, daß zur Herbeiföhierung einer Besserung der Jossener Verhältnisse einzig und allein nur die Kollegen in Jossen selbst instande sind. Wer indes den Bericht aufmerksam liest und gar den Wind kennt, der augenblicklich in Berlin weht, merkt wohl, daß die Beranmlung auf eine ganz andre Tonart gestimmt war, als es den Anschein haben soll. Es galt „höheren“ Zielen! Die Erörterung der Jossener Verhältnisse ist im Grunde nichts andres als eine Opposition gegen Haupt- und Gauvorstand. Die Hauptsache ist, System in eine Sache zu bringen. Die Kollegen Deutschlands oder besser gesagt der Provinz — denn „außer Berlin ist alles Provinz“ — müssen sich inessen schon bis zum Juni gedulden. In Dresden wird auch, dem Wunsche Berlins entsprechend, eine gründliche Aussprache über Jossen, die Kinderstube der Arbeitslosigkeit, das „Schmerzkind der Berliner Verwaltung“, stattfinden. Auch der Zentralvorstand wird dann nachziehen, wann und wo er sich auf die Seite des Geschäftes gestellt hat, wo die einspürlichen Freunde W.S. sich befinden und noch so vieles andere. Aus nachfolgenden Gründen ist nur in Dresden eine gründliche Erörterung und Klärung möglich, nicht aber in den Spalten des „Corr.“. Da natürlich von Berlin nur „ganz scharf“ Delegierte nach Dresden geschickt werden, denen man die von Jossen entlehnten Briefe und „Dokumente“ zur Berichtigung des Zentralvorstandes anvertrauen dürfte, so wird hoffentlich die Aussprache zur Zufriedenheit aller Beteiligten ausfallen.

Bezirk Zeitz. Am 2. April fand in Sangerhausen unsre von 110 Kollegen besuchte diesjährige Frühjahrs-Bezirksversammlung statt. Aufmerksamkeit folgte die zahlreiche Teilnehmerzahl dem trefflichen Referate des Kollegen Etzler-Leipzig über „Koalitionsrecht und Koalitionspflicht“. Daß es in unserm Bezirke noch sehr viel Arbeit gibt, lehrten die Berichte, in welchen über eine große Lehrlingszahl Klage geführt wurde. Aus den Verhandlungen sei hervorgehoben die Stellungnahme zur Witwenkasse. Eine angemessene Resolution wünscht, daß die Delegierten des Saaleganges bei Ablehnung einer Zentralwitwenkasse mit aller Energie für die Erhöhung des Sterbegeldes, möglichst ohne Beitragserhöhung, eintreten. Eine rege Debatte rief der Antrag: „Bei groben Tarifverstößen seitens der Firmen wollen wir, daß der Gehilfenvertreter die Sache regelt“, hervor. Den Antragsteller wurde die Belehrung, daß die Gehilfen ebenfalls ihre Schuldigkeit zu tun haben und nach einem Beschlusse des Tarifamtes die Vertrauensmänner in tariffreien Druckereien nicht geschäftet werden dürfen, andernfalls die betreffende Firma aus dem Tarifverzeichnis gestrichen wird. Als Ort der Herbstversammlung wurde Eisleben bestimmt. Der Besprechung der Gantags-Tagesordnung folgte die Aufstellung der Kandidaten zum Gantage. Für die streitenden Schuhmacher in Weissenfels bewilligte die Beranmlung 50 Mk.

Zittau. In der am 8. April abgehaltenen Beranmlung der hiesigen Mitgliedschaft wurde u. a. beschloffen, den Kollegen H. Baumann-Zittau als Kandidaten zur Generalversammlung des Verbandes in Vorschlag zu bringen. Der Wunsch, auch die Provinzorte unsers Gaues auf der Generalversammlung vertreten zu sehen, ist gewiß gerechtfertigt, ebenso aber auch derjenige, daß die größeren Mitgliedschaften abwechselnd den Delegierten stellen. Aus diesem Grunde richtet die Mitgliedschaft Zittau an die Kollegenschaft des Gaues Dresden das Ersuchen, die Kandidatur des Kollegen Baumann nach Möglichkeit zu unterstützen.

Rundschau.

„Laßt eure Söhne Buchdrucker werden!“ Das Tarifaamt der Deutschen Buchdrucker in Berlin gibt eben in einem vertakulierten Rundschreiben den Buchdruckerbestimmern des Deutschen Reiches bekannt, daß gegenwärtig

die Zahl der arbeitslosen Gehilfen sehr zusammengebrochen ist, daß selbst in den großen Druckorten Arbeitskräfte nicht mehr zu erhalten sind. Die Buchdrucker gehören bekanntlich zu den bestbezahlten Gewerbegehilfen. Darum: laßt eure Söhne Buchdrucker werden!“ Dieses klöbinnige Zeug befindet sich in der „Fr.-Chlauer Kreis-Zeitung“, einem von einem Herrn R. Scheffler herausgegebenen Blättchen, zu Anfang der ersten Inzeratenpalle, während auf der letzten in großer Schrift und in derselben Raumhöhe wie vorstehender Quatsch gleich zwei Buchdruckerlehrlinge für den Schefflerschen Kunsttempel gesucht werden. Hiernach zu schließen, vermag Sch. also nur durch Anwendung solcher Tricks noch in Chlauer Züglinge für seine Druckerei aufzutreiben, denn daß das Tarifaamt ein derartiges Aufschreiben erlassen hat, ist purer Schwindel. Der in Nr. 33 des „Corr.“ veröffentlichte Artikel des Tarifamtes betreffend der Festlegungseinstellungen und die in Nr. 43 wiederum gebrachte Aufzählung an die Prinzipale und Faktoren, zur Milderung der Arbeitslosigkeit möglichst nur die paritätischen Arbeitsnachweise zu benutzen, sprechen gerade das Gegenteil von den Schefflerschen Behauptungen aus. Wir wissen nicht, ob das Tarifaamt diese Fällung seiner Publikationen auf sich beruhen lassen wird, festnageln wollen wir dieses Jongleurkunststückchen des Herrn R. Scheffler aber im „Corr.“ schon deshalb, weil dieser Herr identisch ist mit dem Herausgeber des unrichtig bekannt. „Dreipfeiligen Anzeigers für Druckereien“ in Wehlau, dem die Herren Metzbad usw. im Jahre 1902 seine offizielle Tarifgegnerchaft geföhrt ausgetrieben haben.

Unter dem Titel „Graphische Stimmen“ erscheint jetzt in Effen ein neues christliches Gewerkschaftsblatt, herausgegeben vom Zentralverbande christlicher Arbeiter und Arbeiterinnen für das graphische Gewerbe. In der ersten Nummer wird der Fall Breddemann — es ist dies der Kollege in Effen, welcher aller Ermahnungen zum Troste seine Agitation für die christlichen und die Bekämpfung der freien Gewerkschaften nicht einstellen wollte und deshalb aus unserm Verbands ausgeschlossen wurde — weidlich ausgeschlachtet, um an diesem Beispiele zu zeigen, daß es mit der Neutralität in unserer Organisation nicht weit her geht. Das neugeborene christliche Gewerkschaftsblatt handelt dabei nach dem Grundsatz: wenn zwei dasselbe tun, so ist es doch nicht dasselbe. In dieselbe Kerbe haut auch der „Typograph“, welcher sich den Fall Breddemann natürlich nicht entgehen ließ. Tatsächlich wird aber sowohl in den christlichen Gewerkschaften als auch in dem Organisationsden mit der Devise „Rückwärts immer“ jeder an die frühe Luft befördert, der sich untersteht, eine den Bestrebungen dieser Vereinigungen entgegengegesetzte Propaganda zu entfalten. Wozu also der Lärm?

Der Elektrotypograph wird von Ende Mai an im Deutschen Buchgewerbehaufe zu Leipzig ebenfalls ausgestellt sein.

Eine Geheimdruckerei wurde in Tomsk (Sibirien) aufgehoben. Die in der Druckerei beschäftigten Personen leisteten bewußten Widerstand, wobei sich eine Frau besonders hervortat.

Den Streik als Erziehungsmittel zur Pünktlichkeit anzuwenden, haben zum zweitenmale die Berichterstatter der gesamten Oberfelder nichtamtlichen Preise Veranlassung genommen. Wie vor zwei Jahren ist auch diesmal die Bummellei der Herren Stadtväter die Ursache des „Streiks“. Drei Viertelstunden nach Inberaumung der Sitzung konnte kürzlich das Oberfelder Stadtparlament noch nicht eröffnet werden. Die Pressevertreter zogen unter diesen Umständen wieder ab, teilten aber anderntags öffentlich mit, warum nichts über die stadtbegleitende Tätigkeit der Erwählten des dreiklassigen Volkes berichtet werde. Vor zwei Jahren soll das eine gute Wirkung erzielt haben, ob man heuer schon bidfelliger geworden gegen solche Rippenstöße, wird sich ja nun zeigen.

Dem Organe der Kürschner war vom Gerichte die Einstellung einer Warnungsnote vor Zugung nach Hamburg aufgegeben worden. Genanntes Frachorgang half sich nun auf eine schlaue Weise, es veröffentlichte nämlich diesen Gerichtsbeschlusse an der Spitze des Blattes! Doch das betreffende Gericht ließ nicht mit sich spaßen, dem Kürschnerorgane wurde diese eigenartige Warnungsnote unter Androhung einer Strafe von 100 Mk. für jeden Fall ebenfalls verboten.

Nicht tief blicken läßt eine Verfügung des preussischen Handelsministers an einen Regierungspräsidenten. Nach dem „Berliner Tageblatte“ heißt es darin: Die Ausführungen in dem Berichte sind geeignet, Mißverständnisse über die Aufgaben und die Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten hervorzurufen. Denn es wäre einerseits nicht zu billigen, wenn die Gewerbeaufsichtsbeamten die Namen von Arbeitern, die sich mit Beschwerden über Mängel der gewerblichen Betriebstätigkeiten an sie gewandt haben, ohne deren ausdrückliche Zustimmung zur Kenntnis der Arbeitgeber brachten. Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben andererseits die Beschwerden der Arbeiter über die in § 139b der Gewerbeordnung bezeichneten Angelegenheiten, die zu ihrer Kenntnis kommen, auch wenn dies auf schriftlichem Wege, durch die Tagespresse oder durch die Verhandlungen öffentlicher Beranmlungen geschieht, ausnahmslos zu untersuchen und, soweit sich dabei Mängel herausstellen, für deren Abstellung Sorge zu tragen.“ Die Gewerbeaufsichtsbeamten jenes Bezirkes scheinen eine nette Auffassung von ihrem Amte gehabt zu haben, wenn der Minister mit einem Donnerwetter dazwischen zu fahren

für notwendig befand. Der zweite Teil der ministeriellen Anweisung ist zwar etwas ganz Selbstverständliches, die Hervorhebung dieser Verpflichtung bedeutet aber, daß es mit deren Erfüllung bislang schlecht bestellt war und dies jedenfalls nicht nur bei dem von dieser Rüge betroffenen Gewerbeaufsichtsbeamten.

Die zweite Lesung der Berggesetznovelle in der Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses bedeutet noch eine ärgere Provozierung der öffentlichen Meinung und der Regierung als die erste Lesung. Man ist im allgemeinen bei deren Beschlüssen (siehe Rundschau in Nr. 41 und 42) stehen geblieben, in einem Punkte gab es aber eine Verbesserung wie sie im Buche steht: die obligatorischen Arbeiterausschüsse wurden nämlich „wiederhergestellt“. Aber diese Wiederaufnahme des „Obligatoriums“ ist gerade der Affront, den die Konserverativen, die Freikonserverativen und der größere Teil der Nationalliberalen mit zynischer Offenheit der Regierung geboten haben; ein Beispiel ist in der Geschichte des preussischen Parlamentarismus nur noch in der Rebellion gegen den „Saufkanal“ vorhanden, in welcher der Absolutismus der Zunker bekanntlich einen vollendeten Erfolg gegen den preussischen König und dessen Kabinette Bülow und Hohenzollern davon trug. Die obligatorischen Bergarbeiterausschüsse sollen also für Belegschaften von 100 Mann an Vorschritt sein, die Wahlen sollen nicht (wie in der Regierungsvorlage enthalten) geheim, sondern öffentlich sein, auch sollen die Unternehmer das Recht der Ernennung zu Mitgliedern des Arbeiterausschusses haben. Zu dieser Ungehörigkeit kommen nun noch, um die Farce vollständig zu machen, folgende Aufgaben und Bestimmungen für den Arbeiterausschuss: „Der Arbeiterausschuss ist verpflichtet, in seiner Gesamtheit und durch seine einzelnen Mitglieder darauf hinzuwirken, daß das Einvernehmen innerhalb der Belegschaft und zwischen der Belegschaft und Arbeitgeber nicht gestört wird, und daß insbesondere Vertragsverletzungen und Vergewaltigungen vermieden werden. Mitglieder eines ständigen Arbeiterausschusses, die die ihnen in dieser Eigenschaft obliegenden Verpflichtungen insbesondere durch politische agitatorische Tätigkeit verletzen, gehen ihrer Mitgliedschaft verlustig. Eine politische Betätigung ist den Arbeiterausschüssen unter sagt. Zuwiderhandlungen ziehen die Auflösung des Arbeiterausschusses nach sich. Daneben kann der Bergwerksbesitzer auf die Dauer von höchstens drei Jahren von der Verpflichtung, einen ständigen Arbeiterausschuss zu bilden, entbunden werden. Die Entscheidung über diese Maßregel steht dem Oberbergamte zu.“ Die in diesen ganz unmöglichen Verpflichtungen des Ausschusses liegende unerschöpfliche Verhöhnung wurde von dem Konserverativen v. d. Heydebrand-Laja, dem Freikonserverativen Freiherrn v. Zedlitz und dem Nationalliberalen Friedberg beantragt und mit Zweidrittelmehrheit angenommen! Diese Zweidrittelmehrheit ist auch für die Abstimmung im Plenum höchst wahrscheinlich, denn die Krants- und Schlotjunker besitzen einen unabweisbaren Trost, wurden doch auch die schärfsten Einbindungen Müllers nicht im geringsten beachtet. In der nationalliberalen Partei sind die Meinungen vollständig geteilt in dieser Frage, es scheint sogar zu kriseln; große Bedeutung hat das allerdings nicht, denn schließlich findet sich doch alles wieder auf der Drehscheibe zusammen. Die „Deutsche Tageszeitung“

erklärt in dieser frechen Verhöhnung nicht nur der Bergleute, sondern der Gesamtarbeiterschaft noch einen „sehr erheblichen Fortschritt zugunsten der Arbeiter“, die „Börsen“ beifügt gar — eine Stärkung des sozialdemokratischen Einflusses! Der Gewinn der Sozialdemokratie aus den Daten der 28er Kommission ist allerdings ebenso groß, wie Bülow's Niederlage durch die Kommissionsmehrheit eine unbestrittene ist, der Preisfänger des sozialen Königtums steht nun als blamierter Europäer da. Der Gewerkschafts- und der Arbeiterzeitungspressen ist der Vorwurf gemacht worden, sie gefärbten durch ihre ägende Kritik der Kommissionsbeschlüsse die Vorlage selber. Wie aber ließ sich das Grubenorgan, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ (natl.) über das Ergebnis der ersten Lesung vernehmen? ... Die Kommission hat nicht viel Federn an dem fremden Vogel gelassen, den die Regierung aus dem schönen Laube der Theorie ins Abgeordnetenhause gebracht hat. Jedenfalls ist er zahmer geworden und haßt nicht mehr blindlings nach allen Seiten. So ist also von der Vorlage der Regierung herzlich wenig übrig geblieben. ... Ob jetzt die Regierung die Vorlage noch als die ihrige anerkennt? Ob der Vogel ihr nicht allzu sehr gerupft ist? Kann man sich einen beißenderen Hoßn denken? Mit derselben Brutalität trotz der Bedenbarone aus jenseit der Regierung, denn ungeachtet der scharfen Verurteilungen der Zedlitzstellungen und des dieselben einschränkenden Gesetzesentwurfes nehmen in letzter Zeit diese Zedlitzstellungen wieder sehr zu. Und an die Einsicht dieser Leute hat ein Bülow mit allen Mitteln der Berechtbarkeit und in allen Tönen der Ueberzeugung appelliert!

Die Lieben und guten, vor Arbeiterfreundlichkeit tiefenden Grubenbarone wurden in einer Schöffengerichtsverhandlung in Bochum recht naturgetreu abgemalt. Ein Bergarbeiter war nach dem Streik auf „Arbeitsurlaub“, wo er 5 1/2 Jahre lang gearbeitet hatte, wieder angefahren, erhielt jedoch nach zwei Tagen den Arbeitschein. Mit diesem Dinge erhielt er nun überall, wo er auch ankam, keine Arbeit. Seine Notlage war sehr groß, da seine Frau inzwischen mit Zwillingen niedergekommen war, die buchstäblich wegen Nahrungsmangel zugrunde gingen. Als der so Tiefgedrückte dann bei einer weiteren Anfrage die höhnische Antwort erhielt, mit dem Arbeitscheine würde er nirgends Arbeit erhalten, begab er sich nochmals zu dem Betriebsführer der Zeche „Präsident“, dieser aber wies ihn brüsk ab. In seiner Verzweiflung schlug der Mann nun zwei Fensterheben des Bureaus ein. Damit sollte er sich des Hausfriedensbruches und der Sachbeschädigung schuldig gemacht haben. Das Gericht ließ aber angesichts dieser Sachlage die größte Milde walten und erkannte auf das Mindestmaß von 6 Mk. Geldstrafe. Der Betriebsführer wird zweifelsohne entsprechende Anweisung gehabt haben, und wenn nicht, so trifft ihn der Vorwurf der Unmenschlichkeit erst recht. Der Streik der Metallarbeiter in Solingen nimmt große Ausdehnung an, die Fabrikanten wollen es auf eine Maßnahme antworten lassen. — In Darmstadt traten die Tapezierer und Polsterer in den Ausstand wegen Nichtbewilligung der Lohnforderungen. — Am 28. April soll laut Beschluß der Brauereibesitzer von Heintzen-Besfalten die Hälfte aller Brauereiarbeiter ausgeperrt werden, der Kampf in Köln zeitigt also große Weiterungen. — In Posen streiken die

Gerber wegen Maßregelung von Kollegen. — In Glückstadt haben die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter ihre Forderungen durchgedrückt. — Der Streit der Zimmerer in Wedel endete mit einem Vergleich. In Italien ist der lange drohende Generalfstreik der Eisenbahner nunmehr zur Tatsache geworden. Wenn auch das Kabinett Glottini den Konsequenzen der Eisenbahnvorlage durch Nichttritt aus dem Wege ging, so daß es schien, als hätten die Eisenbahner mit ihrer vor Wochen angewandten Taktik der Abstraktion einen Sieg über die Regierung errungen, so hat das nach vielen Mühen zustande gekommene Ministerium Fortis doch bald bewiesen, daß die Regierung auf dem eingeschlagenen Wege weitergehen werde. In dem der italienischen Deputiertenkammer jetzt unterbreiteten Entwürfe sind sogar einige materielle Verschlechterungen gegen die erste Vorlage enthalten, die Hauptfrage aber: das Streikrecht der Eisenbahner, soll dadurch zur Lösung gebracht werden, daß die Eisenbahner zu Staatsangestellten avancieren sollen, denen das Recht zum Ausstande ja benommen ist. Die Verhandlungen der Eisenbahnorganisation mit Regierungsvertretern verliefen resultatlos, die Drohung mit einem allgemeinen Ausstande des Eisenbahnpersonals übte nicht die beabsichtigte Wirkung auf die Regierung aus, so daß am 17. April morgens 6 Uhr der Generalfstreik seinen Anfang nahm. Die Zeitung der italienischen Gewerkschaften erließ sogleich einen Aufruf, in welchem den Arbeitern empfohlen wird, Ruhe zu bewahren, sich aber bereit zu halten, den Kampf der Eisenbahner zu unterstützen. Die bis jetzt (18. April mittags) vorliegenden Nachrichten über die Ausdehnung des Streiks widersprechen sich sehr. Der Berliner „Vorwärts“ meldet, daß der Bahndienst vollständig eingestellt sei, überall aber gute Disziplin beherrscht werde. Das Wolffsche Telegraphenbureau meldet, daß in der Hauptstadt nur die Maschinen- und Heizer in den Ausstand traten, daß selbst in Eisenbahnerkreisen Opposition gegen den Generalfstreik vorhanden sei usw. Ein Hares Bild ergab sich also bei Schluß dieser Nummer absolet nicht. Die Regierung will Genietruppen für den Eisenbahndienst verwenden. — In Limoges ist es bei dem Ausstande der Porzellanarbeiter zu Tumulten gekommen. — Bei dem Hasenarbeiterstreik in Nantes ist es ebenfalls zu Zusammenstößen mit der Polizei und den Verdammern gekommen. — In Großwardein (Ungarn) ist ein allgemeiner Ausstand ausgebrochen, die Zeitungen sollen nicht erschienen sein; demnach würden unsere dortigen Kollegen an der Bewegung teilnehmen, über deren Ursache nichts Näheres verlaute. — In Budapest und anderen Orten des Landes streiken die Bauarbeiter, in Urad die Schloffer. Den schon seit mehreren Wochen ausländischen Schäftemachern in Budapest sind zu einem größeren Teile die Forderungen bewilligt, 600 Mann streiken weiter.

Gingänge.
Alkohol und Kaffee in ihrer Wirkung auf Herzleiden und nervöse Störungen. Von Dr. Hans Stoll. Zweite Auflage. Verlag: Reichsmedizinalanzeiger. Leipzig 1905. Preis 50 Pf. Diese Schrift ist allen Herzleidenden und Nervösen bringend zur Beachtung zu empfehlen. In Freien Stunden, Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 69. Preis pro Heft 10 Pf., Heft 14.

Tüchtiger Maschinenmeister

für Werk u. Platten. Nur schriftliche Angebote erbittet die Buchdruckerei Richard Härtel, (S. Otto), Leipzig, Querstraße 13.

17 tücht. Werkseher

suchen sofort Kondition. Werte Offerten erbeten an Max Bippig, Borna b. Leipzig, Reichstraße 15.

Eilt! [958]
Zum Verkauf von Zigarren an Wirte usw. wird ein tücht. Agent gesucht, gleich wo wohnhaft. Vergütung ev. 250 Mk. pro Monat oder hohe Provision. A. Neek & Co., Hamburg.

Teilhaber [952]
mit 6 bis 8 Mille für flottgeh. Druckerei gesucht. R. ff. u. A. 881 an Hausenstein & Vogler, Dresden.

Zm Farbendrucke tüchtiger Diegelpressendruker
(Victoria) in dauernder Kondition gesucht. Angeboten bitten wir Zeugnisse und selbstgefertigte Druckmuster beizulegen. [962]
Viktor Hornyánszky
F. u. F. Hofbuchdruckerei, Budapest.

Maschinenmeister
nicht unter 23 Jahre, guter und gewandter Zugscher von Stereotypplatten per sofort gesucht. Erbitte Off. mit Zeugn. u. Gehaltsanprüchen. Stelle dauernd. [910]
Otto Bachmann, Sauglau (Württemb.)

Tüchtige Schriftgießer
an französische Kompositivmaschinen zum sofortigen Austritte gesucht von [959]
Schriftgießerei Gensdy & Henje, Hamburg 22.

Tücht. Schriftgrabeur
findet sofort dauernde Beschäftigung in der Messingschriftgießerei Bornemann & Co. Magdeburg, Weidenstraße 7. [957]

Schriftgrabeure
Zuverlässige, tüchtige
finden sofort Beschäftigung. [916]
Willy. Gronaus Schriftgießerei
Berlin-Schöneberg, Belgischerstraße 61.

Schriftgießereigrabeur
sucht Stellung in Schriftgießerei, Galvano-plastik oder Buchdruckerei. Werte Off. unter M. F. 1942 an Hausenstein & Vogler, R. G., Frankfurt, erbeten. [950]

Verbandsmitgliedern gewähre 15 Proz. Rabatt
auf meine Fahräder. Herrenrad „Gutenberg“ 105 Mk., Luxus-Damenrad „Gutenberg“ 115 Mk., portofrei (Kompl. l. „Welt“-u. „Möve“-Räder mit gold. Med. prämi.). Kollege U. schreibt: Rad vorzüglich, L. Burau, Hannover, Strangriede 45. [918]

Neuauslernenden Kollegen besonders zu empfehlen:
Anhang zum Tarife
von Konrad Eichler, Leipzig, Salomonstr. 8
Preis pro Exemplar 10 Pf.

Von den Verbandsfunktionären oder vom Herausgeber direkt zu beziehen. Au Porto wolle man den Bestellungen außerdem noch bis zu 6 Stück 3 Pf., 7 bis 12 St. 5 Pf., 13 bis 20 St. 10 Pf. beilegen.

Zechnit der bunten Akzidenz.
Rich. Härtel in Leipzig, R. — 350 Mt.

Chemnitz.
Anträge zu der am 29. April im „Vollortum“ abzuhaltenen Generalversammlung sind bis spätestens den 22. April beim Vorsitzenden einzureichen. Der Vorstand. [955]

TKG. Die nächste Sitzung findet Anfang Mai statt. D. Y. [956]

Liedertafel Gutenberg
von 1877. Hamburg-Altona.
Sonntag den 21. Mai, vormittags 11 Uhr, im Vereinslokale Bornhöft, Al. Rosenstr. 16:
Hauptversammlung.
Anträge sind laut § 12 des Statuts drei Wochen vor der Versammlung schriftlich beim Vorstände einzureichen. [965]
Der Vorstand.

Wirtshaus Moritz Uhle

Berlin SW, Kreuzbergstr. 3.

Am 1. und 2. Osterfesttage gemüthliche Morgen- Frühstückstisch à la Wild-West. Großer Mittagstisch à la Cart 60 Pf. Reichhaltige Abendessenkarte. Worauf! Kumbacher, Gappold Lip Top. — Von 4 Uhr an Freikonjert. [961]

Nach schwerer Krankheit verschied heute unser lieber Kollege, der Senior und Mitbegründer unsers Ortsvereins, der Geschäftsführer
August Münzer
im 68. Lebensjahre. Sein kollegiales Wesen und sein treues Festhalten an der Verbandssache sichern dem Verlebten ein dauerndes, ehrendes Andenken. [963]
Freiberg, 16. April 1905.
Die Mitgliedschaft Freiberg.

Richard Härtel, Leipzig-R.
(Inhaberin: Klara verw. Härtel)
Kohlgartenstrasse 45
liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. **Zugvordruckes Merklei.** Kurze Simwische und Erinnerungen für die Buchdruckerpartei. Nach Zeichnungen und Beschreibungen bearbeitet von S. Schwarz. Zweite durchgesehene Auflage. 60 Pf.
Ausgänger Leitfaden zu methodischen Neibau im Setzen, insbesondere im Schnellsetzen. Von einem älteren Setzer. 3. Aufl. 50 Pf.
Der Faktor. Hilfsbuch für Faktoren. Geb. 4 Mk. Informativnummer (280). Von S. G. E. 1 Mt.
Durch Kampf zum Sieg. Märscherchor von Benzoni. 20 Pf.
Prezang, Gutenberg Wiederkehr. Festspiel. 30 Pf.

Verband der Deutschen Buchdrucker. Bilanz am 31. März 1905.

Einnahmen.

Ausgaben.

Table with 2 columns: Description of income items (e.g., An Saldo-Vortrag vom 31. Dezember 1904) and amounts in M and Pfennig.

Table with 2 columns: Description of expense items (e.g., Per Unterstüttungen usw., Voranschlag in den Gauen für das 1. Quartal 1905) and amounts in M and Pfennig.

Das Saldo von 3855993,05 M. setzt sich zusammen aus 104792,10 M. in bar und 3751200,95 M. in Wertpapieren usw., deren Verkaufswert 3769355,60 M. beträgt Berlin, den 8. April 1905.

Vorsteher der Kassenabstufung ist von mir geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Büchern in Uebereinstimmung gefunden worden. Berlin, den 10. April 1905.

Vorsteher der Kassenabstufung ist revidiert, in gehöriger Ordnung befunden und der Tageskassenbestand festgestellt worden. Berlin, den 8. April 1905.

F. Henniger, gerichtlicher Bücherrevisor.

Die Revisions-Kommission: L. S. Wiefede. E. Wodian. F. Wöbel.

Quittung über im 4. Quartale 1904 in den Gauen eingegangene und verausgabte Gelder.

Large table with multiple columns: Gau (Bavaria, Berlin, Dresden, etc.), Einnahmen (Eintrittsgeld, Ordentliche Beiträge, etc.), Ausgaben (Unterstützung an Reisende, etc.), Rückstufung, and Saldo.

Anmerkung. Die Rückzahlungen sind den ordentlichen Beiträgen, die Ausgaben für Rechtschutz, Agitations- und Reisekosten sowie sonstige Ausgaben in den Gauen den Verwaltungskosten hinzu gerechnet. — Gesamtzahl der steuernden Mitglieder: 42456.

Auszug aus den Protokollen der Vorstandssitzungen im vierten Quartale 1904.

1. § 2-Unterstützung. Für 1 Mitglied im Gau Bayern, 25 im Gau Berlin, 3 im Gau Ostland-Thüringen und 1 im Gau Rheinland-Westfalen (zusammen 30 Mitglieder)...

Bewegungstatistik des Verbandes der Deutschen Buchdrucker für 4. Quartal 1904.

Table with columns: Gau, Eingang der Abrechnung, Mitglieder am Ende d. Q. 1904, etc. Rows list various Gaues and their membership statistics.

* Die Bewegungstatistik der sich auf der Reise befindlichen (hier nicht inbegriffenen) Mitglieder siehe „Corr.“ Nr. 145 von 1904, S. 18 von 1905. Am Schlusse des 4. Quartals 1904 verblieben auf der Reise 204 Kollegen; der Gesamtmitgliederstand beträgt demnach am 31. Dezember 1904: 40550.

Friedberg (hochgradige Kurzsichtigkeit), und 3. der 33 jähr. Seger Karl Güttler aus Frankenthal (Rückenmarkserkrankung); im Gau Berlin: 4. der 36 jährige Seger Bernhard Lueferth aus Berlin (Darmentzündung), 5. der 60 jährige Seger August Baumgarten aus Berlin (Nebenstomatismus), 6. der 51 jährige Seger Karl Hüttig aus Dornburg i. S. (Rückenmarkslähmung), 7. der 49 jährige Drucker Paul Ruchte aus Berlin (unheilbares Exzem)...

Heinrich Helme aus Kassel (chronisches Lungenleiden); im Gau Hamburg-Altona: 13. der 33jährige Seher Chr. Tensjed aus Neumünster (Lungenleiden); im Gau Hannover: 14. der 27jährige Seher Otto Heinrichs aus Hildesheim (Lungenleiden), 15. der 63jährige Drucker Th. Gernlein aus Hannover (chronischer Gelenkrheumatismus), und 16. der 34jährige Seher Otto Ellenberg aus Braunschweig (Weißstarrheit); im Gau Leipzig: 17. der 33jährige Seher Willy Könnede aus Berlin (tuberkulöse Erkrankung der Lunge und des Kehlkopfes), 18. der 43jährige Seher Franz Maximilian Rieder aus Leipzig (chronische Nervenvergiftung des Nervensystems, Arteriofleurose und Wasserharnruhr), und 19. der 35jährige Seher Paul Meyer aus Eisenach (Kopfnervenleiden); im Gau Oder: 20. der 39jährige Seher Paul Bollmann aus Straßburg (Lungenleiden); im Gau Ostpreußen: 21. der 61jährige Seher Gustav Wötting aus Königsberg i. Pr. (Nervenleiden); im Gau Posen: 22. der 34jährige Seher Karl Heinrich aus Landsberg a. W. (hochgradige Erregung der Herzaktivität und Läsion der Herzklappen); im Gau Rheinland-Westfalen: 23. der 33jährige Seher Wilhelm Heil aus Oberlahnstein (Schlaganfall); im Gau Schlesien: 24. der 35jährige Seher Albert Bergmann aus Wabernburg i. Schl. (Darmentzündung), und 25. der 29jährige Seher Paul Hillwig aus Haynau in Schlesien (Nervenschmerzen und Blasenleiden); im Gau Schlesien-Polstein: 26. der 41jährige Seher Peterasmus Hansen aus Hensburg (Herzleiden und Rheumatismus); im Gau Württemberg: 27. der 64jährige Drucker Georg Junhammer aus Mündeln (Kniegicht), 28. der 40jährige Drucker Karl Holl aus Stuttgart (Weißstarrheit), und 29. der 37jährige Seher Karl Gilges aus Herchweiler-Rufel (Lungentuberkulose). — Invalidenstand: Nebenommen vom dritten Quartale 1904: 484 Invaliden, neu hinzugekommen 29 = 513 Invaliden; hiervon Abgang 22 (gestorben 17, arbeitsfähig 4), Unterstützung entzogen 1, bleibt Invalidenstand am 1. Januar 1905: 491.

6. Verwaltung. Festgestellt und verhandelt Zirkular Nr. 9 und ein topographisches Zirkular.
7. Geschäftsverkehr in obigen drei Monaten: 1394 eingegangene und 1315 abgegangene Postsendungen.

Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten im Inlande wie im Auslande haben die Mitglieder im eignen Interesse unter allen Umständen bei den zuständigen Verbandsfunktionären Erkundigungen über die tariflichen Verhältnisse einzuziehen. Im Unterlassungsfalle haben die Betreffenden die hieraus entstehenden Konsequenzen sich selbst zuzuschreiben. — Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind Anfragen an die Zentralverwaltungen zu richten, und zwar für:

- Deutsche Schweiz: J. Schlumpf, Bern, Speichergasse 29;
- Französische Schweiz: Marius Corbaz, Lausanne, Rue du Tunnel 1.
- Italienische Schweiz: Comitato centrale della Federazione Ticinese fra i Lavoratori del Libro, Lugano, Camera del Lavoro;
- Elsass-Lothringen: A. Schmolz, Strassburg, Lange-strasse 146.
- Oesterreich: F. Reismüller, Wien VII/1, Ziegler-gasse 25.
- Ungarn: Desider Lerner, Budapest VI, Hunyadi-ter 3, Pressburg: K. Ph. Kovarik, Pressburg, Buchdruckerei „Westungarischer Grenzboten“.
- Kroatien: Stefan Boranic, Agram, Vinogradska cesta 58.
- Fiume: Fabbroni Vittorio, Fiume (Littorale ungarico), Via Ciotta 20.
- Serbien: Milan Milicevic, Belgrad, Kaiserin Miliza-gasse 3.
- Bulgarien: St. Jakimoff, Sophia, Staatsdruckerei.
- Rumänien: G. Jonescu, Bukarest, Boulevard Carol I, Nr. 1 (Bursa Munciei).
- Bosnien: Franz Stepanek, Sarajevo, Buchdruckerei „Bosnische Post“.
- Italien: Comitato centrale della Federazione Italiana dei Lavoratori del Libro, Milano (Camera del Lavoro), Via Crocicasso 15.
- Frankreich: A. Keufer, Paris 6e, Rue de Savoie 20.
- Luxemburg: W. Bastendorff, Luxemburg, Philippstr.
- Belgien: W. Sarhage, Bruxelles, Place de la Duchesse 6.
- Holland: P. Hols, Amsterdam, Bloemstraat 60.
- Dänemark: Viktor Petersen, Kopenhagen K., Nybro-gade 12.
- Norwegen: Ole O. Lion, Kristiania, Storgaden 20.
- Schweden: Svenska Typograförbundets Expedition, Stockholm, Jakobsgatan 22 A.
- Finnland: A. Karjalainen, Helsingfors, Siltasaari 6-8, Berlin.

Der Verbandsvorstand.

Gau Hannover. Der 31. Gantag findet Sonnabend den 27. und Sonntag den 28. Mai in Wöttingen im „Thüringer Hof“, Wilhelmplatz 1, statt.
Nordwestgau. (Vorstandswahl.) Stimmzettel ausgegeben 596, eingegangen 550, hiervon weiß 53, ungültig 9; absolute Mehrheit 245. Vorpräsident Rosen-lehner 435 Stimmen, zerpfittert 14; Kassierer A. Weber 442 Stimmen, zerpfittert 10; Schriftführer Bachhaus 367 Stimmen; Könnede 85 Stimmen, zerpfittert 5.

Bezirk Harmen. Die nächste Bezirksversammlung findet Sonntag den 14. Mai in Kemscheid statt. Anträge sind bis zum 1. Mai an den Vorsitzenden Karl Klintau, Harmen, Rößigerstraße 7, einzureichen. Lokal und Tagesordnung geht den Mitgliedern per Zirkular zu.

Bezirk Dortmund. (Ergebnis der Gantagsdelegiertenwahl.) Abgegeben wurden 216 Stimmzettel, davon ungültig 1. Es erhielten: Gierig 173, Weder 156, Fuß 108, Bäumgen 106, Schippers 95, Hendrichs 60, Weber 54, alle übrigen vorgeschlagenen Kollegen weniger Stimmen. Die drei ersten waren somit gewählt, unter den vier letzteren mußte Stichwahl stattfinden, die folgendes Ergebnis hatte: Abgegeben 196 Stimmzettel. Davon erhielten: Bäumgen 135, Schippers 100, Hendrichs 73 und Weber 80 Stimmen. Als Delegierte sind also gewählt: Bäumgen, Weder, Fuß, Gierig und Schippers, während Hendrichs und Weber als Ersatzmänner zu gelten haben.

Bezirk Duisburg. Zum Gantage wurden gewählt: Wimar- und Hlbrind-Duisburg, Schumacher-Milheim, Neumann-Oberhausen, Lehmann-Wesel. Als Stellvertreter fungiert Relekti-Muhrort.

Bezirk Hanau. Die Frühjahr-Bezirksversammlung findet Sonntag den 30. April, nachmittags 2 Uhr, in Haffenburg im Gasthause „Zum Stift“ statt. Anträge sind bis zum 24. April beim Bezirksvorsitzenden einzureichen. Die Tagesordnung geht den Mitgliedern per Zirkular zu.

Bezirk Meisse. Bei der am 16. April vollzogenen Wahl der Delegierten zur zwanzigsten Generalversammlung des Gauess Schlesien wurden folgende Kollegen mit 81 von 90 abgegebenen Stimmen gewählt: E. Pfandt-Meisse, Ph. Kijas-Brieg und E. Müller-Doppeln. Kollege Klotau-Brieg erhielt als Stellvertreter 66 Stimmen.

Bezirk Oldenburg. Für das laufende Jahr besteht der Vorstand aus folgenden Kollegen: H. Ruzhorn, Lindenstraße 11, Vorsitzender; A. Barr, Radorferstraße 100, Kassierer; Joh. Wöb, Schriftführer; A. Schaff und J. Seekt.

Die Wahl der Delegierten zum Gantage hat folgendes Resultat ergeben: Balfie 117 Stimmen, Barr 141, Bouken 132, Barß 110, Damm 157, Erbrich 91, Kappelhoff 112, Köhler 105, Körber 115, Krimminger 120, Niemeyer 69, Ruzhorn 143, Seekt 72, Roth 125, Wiedmann 104. Die Namen der Gewählten sind gesperrt gedruckt. 177 Stimmzettel wurden abgegeben.

Bezirk Wiesbaden. Als Delegierte zum Gantage in Heidelberg wurden gewählt: F. Vertina, J. Braun, W. Stritter, F. Krauth, W. Heller; als Ersatzmänner G. Rizer und W. Feiler.

Chemnitz. Sonnabend den 22. April bleibt die Bibliothek geschlossen.

Hagen. Die Herren Verbandsfunktionäre werden gebeten, die Adresse des Seheres Georg Yaging, der sich auf den Namen Georg Eider einen Vorhang erzwangelt, an den Kassierer August Steinmann, Langestraße 28, gelangen zu lassen, damit gegen denselben eventuell gerichtlich vorgegangen werden kann.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beieigige Adresse zu richten):

In Altötting der Seher Anton Beck, geb. in Wittmoning 1886, ausgl. in Innsbruck 1904; war noch nicht Mitglied. — In Kempten der Seher Jos. Prestel, geb. in St. Lorenz 1885, ausgl. in Kempten 1902; war schon Mitglied. — In Landsberg a. L. der Seher Jos. Wankel, geb. in Weissensteden 1885, ausgl. in Jungsoldstadt 1903; war noch nicht Mitglied. — In München der Seher Albert Munzer, geb. in München 1886, ausgl. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — In Pfaffenhofen der Schweizergen Gen. Ernst, geb. in Echting 1884, ausgl. in Echting 1901; war schon Mitglied. — In Staruberg der Seher Franz Nibel, geb. in Staruberg 1887, ausgl. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — Jos. Seitz in München, Auenstraße 22, I.

In Bad Ems der Seher Adolf Griffel, geb. in Ems 1886, ausgl. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — In Schierstein a. Rh. der Seher Erich Schmidt, geb. in Alpbda i. Th. 1887, ausgl. das. 1905; war noch nicht Mitglied. — Zul. Braun in Wiesbaden, Jahnstraße 19.

In Witterfeld 1. der Drucker Georg Dunkel, geb. in Weiswald 1876, ausgl. in Sahnig auf Hagen 1894; war schon Mitglied; 2. der Schweizergen Gustav Seiler, geb. in Grabo 1886, ausgl. in Joppen (Bezirk Halle) 1904; die Seher 3. Richard Beer, geb. in Wittersfeld 1887, ausgl. das. 1905; 4. Richard Grünthal, geb. in Witterfeld 1887, ausgl. das. 1905; waren noch nicht Mitglieder. — In Dessau die Seher 1. Otto Becker, geb. in Ruhlau a. E. 1887, ausgl. in Dessau 1905; 2. Hermann Freymuth, geb. in Dessau 1886, ausgl. das. 1905; 3. Philipp Reuber, geb. in Dessau 1885, ausgl. das. 1905. — In Gräfenhainichen der Seherstereotypur Dr. Walter, geb. in Gräfenhainichen 1887, ausgl. in Wittenberg 1905. — In Herzberg (Ester) der Schweizergen Richard Auig, geb. in Alt-Herzberg 1885, ausgl. in Herzberg 1905. — In Rötthen die Seher 1. Hermann Henniger, geb. in Rötthen (Kreis Halbe a. E.) 1886, ausgl. in Rötthen 1905; 2. Paul Schmutz, geb. in Rötthen 1886, ausgl. das. 1905. —

In Torgau die Seher 1. Wilhelm Dathau, geb. in Torgau 1887, ausgl. das. 1905; 2. Karl Franke, geb. in Torgau 1887, ausgl. das. 1905. — In Wittenberg die Drucker 1. Otto Bobbig, geb. in Wittenberg (Kr. Wittenberg) 1887, ausgl. in Wittenberg 1905; 2. Paul Knecht, geb. in Gräfenhainichen 1887, ausgl. in Wittenberg 1905; die Seher 3. Hermann Albert, geb. in Gräfenhainichen 1887, ausgl. in Wittenberg 1905; 4. Hans Bedenbach, geb. in Wittenberg 1886, ausgl. das. 1905; 5. Hermann Datschow, geb. in Wittenberg 1887, ausgl. das. 1905; 6. Richard Specht, geb. in Wittenberg 1887, ausgl. das. 1905. — Albert Müller in Dessau, Dabemstraße 7, p.

In Darmstadt 1. der Drucker Georg Heint. Auer, geb. in Groß-Oeran 1886, ausgl. in Darmstadt 1905; war noch nicht Mitglied; 2. der Maschinenseher Rudolf Lampe, geb. in Bodenbach (Böhmen) 1880, ausgl. in Ludwig 1899; war schon Mitglied des österreichischen Verbandes. — P. Hildebeutel, Arheilgerstraße 58.

In Dortmund der Seher Franz Wessel, geb. in Witten 1882, ausgl. das. 1900; war schon Mitglied. — In Hamm der Stereotypur Eugen Windfuhr, geb. in Hildeswagen 1886, ausgl. in Lennep 1905; war noch nicht Mitglied. — Heinrich Veder in Dortmund, Kieselstraße 5, I.

In Frankfurt a. M. die Seher 1. Karl Georg, geb. in Frankfurt a. M. 1887, ausgl. das. 1905; 2. Peter Welsheimer, geb. in Frankfurt a. M. 1886, ausgl. das. 1905; 3. Konrad Welsheimer, geb. in Frankfurt a. M. 1886, ausgl. das. 1905; 4. Wilhelm Wöb, geb. in Frankfurt a. M. 1886, ausgl. das. 1905; 5. Fritz Pfister, geb. in Elmman (Bayern) 1886, ausgl. in Ebern 1904; 6. der Drucker Konrad Schade, geb. in Frankfurt a. M. 1887, ausgl. das. 1905; die Vieher 7. Georg Dahmann, geb. in Frankfurt a. M. 1887, ausgl. das. 1905; 8. Fritz Dorfsch, geb. in Frankfurt a. M. 1887, ausgl. das. 1905; waren noch nicht Mitglieder; die Seher 9. Karl Heinrich Scheidt, geb. in Mainz 1881, ausgl. in Frankfurt a. M. 1899; 10. Alfred Passow, geb. in Selan (Livland, Rußland) 1880, ausgl. in Berlin 1899; 11. Wilhelm Vogel, geb. in Wibel 1879, ausgl. in Frankfurt a. M. 1887; 12. der Vieher Heinrich Dahmann, geb. in Bodenheim 1880, ausgl. in Frankfurt a. M. 1878; waren schon Mitglieder. — Phil. Gutherb, Haidestraße 50, IV.

In Leer i. D. der Seher Adolf Schmidt, geb. in Norden (Dijfr.) 1872, ausgl. das. 1900; war schon Mitglied. — F. Preuß, Kirchstraße 47.

In Straßburg die Seher 1. Karl Müller, geb. in Straßburg 1887, ausgl. das. 1905; 2. Karl Gintz, geb. in Straßburg 1886, ausgl. das. 1905; Georg Meyer, geb. in Straßburg 1887, ausgl. das. 1905; 4. Edmund Maehn, geb. in Straßburg 1887, ausgl. das. 1905; 5. Karl Dertel, geb. in Straßburg 1886, ausgl. das. 1905; 6. Georg Hils, geb. in Barr 1886, ausgl. das. 1904; 7. August Bortel, geb. in Barr i. Elz 1887, ausgl. das. 1905; 8. der Drucker Emil Lange, geb. in Straßburg 1886, ausgl. das. 1905; waren noch nicht Mitglieder. — In Zabern der Seher Charles Simon, geb. in Zabern 1886, ausgl. das. 1905; war noch nicht Mitglied. — E. Schrobil in Straßburg-Neudorf, Polygonstraße 23a.

Tarifart der Deutschen Buchdrucker.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.
Briefadresse: z. S. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs.

Der Verwalter des Arbeitsnachweises in Saarbrücken heißt Pfeisenberger, nicht Weisenberger wie irrtümlich in Nr. 43 ausgeführt.

Berlin, 15. April 1905.
Georg W. Bärenstein, L. G. Giesecke, Prinzipalsvorsitzender. Gehilfenvorsitzender.
Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Briefkasten.

B. in Bonn: Brief ist eingegangen. Sie werden darin aber ob Ihres Verhaltens gelobt. Die Schale des Bornes giebt sich nur über mich aus. R. — L. in Freiburg i. B.: Dieser Arbeit hätten Sie sich bei Ihrer Knapp bemessenen Zeit nicht unterziehen sollen, wir hätten schon ein Auge zugebracht. Für die übrigen Mitteilungen besten Dank; die schöne Zeit im „Güterbahnhof“ kommt so rasch nicht wieder. Gruß! — R. R. in P.: Mit wenigen Ausnahmen Recht! — R. R. in B. D. in Magdeburg: Bitte um Ueberwindung des Berichtes. Frd. Gruß! Fr. — R. in Freiburg: 4.30 Mk. — gk. in Lantwig: Auf Ihre Einwendung erwidern wir Ihnen mit einem Berje Mirza-Schaffys:

Sag mir Mirza, du Weller, wer versteht wohl am besten die Tiere zu brauchen:
„Das tut der Brauer.“
Wer am besten den Vter zu bauen?
„Das tut der Bauer.“
Wer am besten Soldaten zu führen?
„Der Herr Offizier.“
Wer am besten den Bart zu rasieren?
„Gleich der Barbier!“
Wer am besten eine Zeitung zu lesen?
„Dauher läßt sich am weitesten streiten:
Seher Grünthal, jeder Wadisch,
Seher Schrobil am Herlich,
Seher eingelobte Wadisch,
Nur der Redakteur nicht!“